

## Katholikentag nach dem Konzil

Der 82. Deutsche Katholikentag, der erste nach Abschluß des Konzils, stand vor einer großen Aufgabe. Er sollte, wie es in der Programmstudie hieß, „die Konzilsbeschlüsse und die deutsche Situation in die wechselseitige Aussprache“ bringen und so „dem deutschen Katholizismus eine verbindliche Neuorientierung vom Konzil her geben“. Für ein solches Arbeitstreffen war die Form der großen Katholikentage ungeeignet. Die Teilnehmerzahl durfte sich nicht übermäßig ausweiten, wollte man überhaupt zu einem fruchtbaren Gespräch kommen. So entschloß man sich, die ursprüngliche Idee der Katholikentage wieder aufzugreifen und vorwiegend Vertreter der Verbände und der Diözesen einzuladen. Gewiß war dadurch nicht die Gesamtheit der deutschen Katholiken repräsentiert. Aber welches bessere und praktikablere Auswahlprinzip hätte man finden sollen?

Bamberg, unzerstört und von den Denkmälern einer großen Tradition geprägt, bot kaum die Atmosphäre zu einer Begegnung mit der modernen Welt und ihrem weltanschaulichen Pluralismus. Doch wo soviel Neues aufgebrochen war, wo das Konzil so viele bisherige Positionen in Frage stellte, mußte man sich erst selbst über den Anspruch des Zweiten Vatikanums klar werden, mußte Wege und Methoden der eigenen Arbeit überdenken. Für dieses Unternehmen konnte der Ort, an dem man sich befand, verhältnismäßig gleichgültig sein, und obwohl am Eröffnungstag kaum ein Redner einen Hinweis auf die Geschichte der Stadt unterließ, wurde in den Arbeitsversammlungen selbst doch nur um die Sache gerungen.

Der besonderen Zielsetzung entsprechend war der traditionelle Rahmen der Katholikentage – Kundgebungen, Gottesdienste, Sonderveranstaltungen – stärker an den Rand gedrängt als in den vergangenen Jahren. Obwohl sich dar-

unter so wichtige und bedenkenswerte Ereignisse befanden wie die Abendvorträge von Prof. Josef Ratzinger und Bischof Hermann Kunst über den Katholizismus nach dem Konzil in katholischer und evangelischer Sicht oder die Rede von Gertrude Luckner zum christlich-jüdischen Verhältnis, so lag das Hauptgewicht doch auf den drei parallel tagenden Arbeitsversammlungen. Die Planung sah zu den Themen „Unsere Zusammenarbeit in der erneuerten Kirche“, „Unser politischer Auftrag“ und „Unser Beitrag zu Bildung und Kultur“ je drei Referate vor: Ein Konzilsreferent hatte die Aussagen des Konzils darzulegen und zu kommentieren, worauf ein Laienredner in zwei Referaten nach dem Schema: Diagnose – Prognose – nächste Aktion die „Eindeutschung“ des Konzils in die Wege leiten sollte. Podiumsgespräche und freiere „Akademiegespräche“ dienten der Diskussion des Vorgetragenen.

Es war vorauszusehen, daß zu diesen Problemkreisen eigentlich Neues kaum vorgebracht werden konnte. Die Fragen und die möglichen Antworten waren schon lange bekannt und diskutiert. Es bedurfte nicht der Prophetengabe, um die mutmaßlichen Thesen der Redner wie auch die in der Diskussion auftauchenden Meinungsgruppen zu erraten. Unbekannt blieb nur, welche Richtung sich als die maßgebliche herausstellen, welche Mentalität sich als die der Mehrheit erweisen würde. Hier konnte der Bamberger Katholikentag zu einem Gradmesser der im organisierten deutschen Katholizismus herrschenden Stimmung werden.

Der erste Arbeitskreis konzentrierte sich um zwei Themen: Die vom Konzil geforderte Mitarbeit der Laien in der Kirche und die Frage nach Sinn und Aufgabe der katholischen Verbände. Erste tastende Versuche, der Mitverantwortung der Laien konkrete Formen zu geben, sind bereits in allen deutschen Diözesen in Gang. In Bamberg bot sich erstmals die Gelegenheit, diese Entwicklung zu analysieren, sie öffentlich zu diskutieren und eigene Pläne zu entwickeln. Das war um so dringender, als bislang alle Bemühungen um lebendige Pfarrausschüsse nur eine „dürftige Erfolgsbilanz“ aufweisen, und das nicht nur, wie Heinrich Köpp-



ler feststellte, wegen der mangelnden Einsatzbereitschaft und der zu geringen Zahl verantwortungsbewußter Laien, sondern auch wegen der „Zurückhaltung (um nicht zu sagen Abwehrhaltung) eines noch immer großen Teils unseres Seelsorgsklerus“. Es kommt hinzu, daß sich im Augenblick fast jede Diözese in anderen Formen und Methoden versucht. Der Wunsch, „innerhalb der deutschen Diözesen einigermaßen einheitliche Strukturen und Formen der Laienmitverantwortung zu schaffen“, traf denn auch auf ebenso einhellige Zustimmung wie die Forderung nach verbindlichen Satzungen und Geschäftsordnungen, wofür das Zentralkomitee der deutschen Katholiken bereits detaillierte Entwürfe ausgearbeitet hat.

So wichtig auch diese Fragen waren, so nahm doch die Diskussion über die katholischen Verbände den breitesten Raum ein. Man übte harte Kritik an vielen Formen des derzeitigen katholischen Verbandswesens. Dennoch konnte von einer „Absage an den Verbandskatholizismus“, von der gelegentlich berichtet wurde, keine Rede sein. Obwohl die Verbände im heutigen öffentlichen Bewußtsein einen schweren Stand haben – „Verbandskatholizismus gilt bekanntlich vielen Zeitgenossen als eine Art negativer Komparativ von Katholizismus“, als „institutionalisierter Minderwertigkeitskomplex des 19. Jahrhunderts und als Ausdruck eines geschlossenen Göttdenkens“, formulierte H. Köppler –, so wurde doch die „Notwendigkeit, ja Unverzichtbarkeit“ einer gemeinschaftlichen Ausübung des Laienapostolats in der modernen Gesellschaft klar gesehen. „In der Welt von heute gilt auf die Dauer nur das, was gesellschaftlich wirksam wird“, sagte Otto B. Roeggele in seiner Schlußansprache.

Nicht die Frage nach dem Sinn der Verbände überhaupt stand zur Diskussion, sondern die kritische Überprüfung der derzeitigen Formen. Niemand leugnete die von H. Köppler aufgewiesenen „Mangelscheinungen“ wie die schon krisenhafte „Selbstbespiegelung“ des deutschen Katholizismus, der „oft sinnlose Streit zwischen mehr oder weniger künstlich gebildeten Fronten“ sogenannter progressistischer oder integraler Richtungen, die Frustration vieler

katholischer Initiativen der letzten Jahre, den Mangel an religiös-spiritueller Bewegung, den „provinziellen Zug“, der den deutschen Katholizismus bei der Lösung internationaler Probleme fast gar nicht zum Zug kommen läßt, die zu große Zahl (326!) der katholischen Verbände, die sich zudem in ihrer Zielsetzung häufig überschneiden und deswegen eine „Flurbereinigung“ dringend notwendig erscheinen lassen, schließlich die oft mangelnde Bereitschaft zur Zusammenarbeit untereinander und über die Grenzen der Kirche hinaus.

Wie tief allerdings die von allen befürwortete Reform in den Aufbau, die Formen und die Arbeitsweise der bisherigen Verbände eingreifen müsse, diese Frage war zu konkret, als daß sie in wenigen Tagen hätte diskutiert werden können. Dann erst hätte es sich erwiesen, wie ernst es den Delegierten mit der Bereitschaft zur kritischen Sichtung des Bestehenden war. Hier werden bereits die Grenzen sichtbar, die dem Katholikentag von vornherein gesetzt waren. Er konnte Grundsätze aufstellen und Forderungen formulieren, aber die Frage, ob den Worten auch Taten folgen werden, mußte er offenlassen. Konzil und Katholikentag stehen hier unter dem gleichen Gesetz.

Die Problematik der katholischen Verbände und Organisationen mußte auch im Arbeitskreis über den politischen Auftrag zur Sprache kommen. Der Münchner Professor Hans Maier machte in seinen zwei Referaten darauf aufmerksam, daß der „Katholizismus der Organisationen und Verbände in Deutschland“ in den Aussagen des Konzils „eine nachträgliche Rechtfertigung seines nicht immer unumstrittenen Weges im 19. Jahrhundert sehen“ darf; denn das Wissen um die Eigengesetzlichkeit der irdischen Sachbereiche und um die daraus folgende Unzuständigkeit des kirchlichen Amtes für den engeren Bereich politischer Sachentscheidungen, die Aufforderung zur Laieninitiative, das Ja zum Freiheits- und Gleichheitsgrundsatz der Verfassungen, das alles habe der deutsche organisierte Katholizismus zu einer Zeit zur Geltung gebracht, „in der die Hierarchie und der größte Teil der Katholiken allem, was nach Verfassungsstaat, Demokratie, Laieninitiative



aussah, mit starker Reserve gegenüberstand“. Freilich, „die bloße Existenz organisierter Gruppen und gesellschaftlicher Institutionen ist noch keine Rechtfertigung für ihr Fortbestehen“. Es gehe vielmehr darum, sich „nicht auf die Selbstverteidigung und Selbstdarstellung zu beschränken“, sondern einen „Beitrag für das Ganze“ zu leisten. Das heißt, „nicht den vorhandenen organisatorischen Bestand zerstören, wohl aber ihn straffen, konzentrieren und auf wenige große Ziele hinlenken“.

Damit war das wichtigste Thema des Arbeitskreises angesprochen: Welche Ziele haben die Katholiken in Politik und Gesellschaft zu verfolgen? Kann man heute noch von der Notwendigkeit einer geschlossenen politischen Repräsentation oder öffentlicher Stellungnahmen zu politischen Fragen sprechen? Wäre es der Struktur der modernen Gesellschaft nicht angemessener, daß die Christen nicht als spezifisch christliche Gruppen, sondern als einzelne, dann aber überall, in allen Gruppierungen, Parteien und Organisationen wirksam würden? Diese Frage stellte sich mit besonderer Dringlichkeit, weil man im Gefolge des Konzils auf die „breite Deckung der gesellschaftlich-politischen Aktivitäten des deutschen Katholizismus durch die kirchliche Hierarchie“ wird verzichten müssen, weil sich aber auch nicht wenige politisch Engagierte in der Durchsetzung ihrer Ziele von der Hierarchie verlassen fühlen und deswegen nur um so nachdrücklicher eine politische Geschlossenheit der Katholiken verlangten.

H. Maier zeigte jedoch, daß solche Forderungen dort schwer zu begründen sind, wo sich ein Staat nicht schlechthin abweisend gegen die politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen der Katholiken verhält, sondern diese weitgehend rezipiert und rechtlich-verfassungsmäßig gesichert hat – ohne daß Maier damit sagen wollte, daß dies in der Bundesrepublik und in allen ihren Ländern bereits im idealen Maß verwirklicht wäre. Er stellte auch die Frage, ob im Bewußtsein der Katholiken das Wissen um das Prinzip der Religionsfreiheit und um den daraus folgenden Pluralismus jeder Demokratie bereits genügend verankert ist, oder „ob wir nicht manchmal unseren nichtchristlichen Mit-

bürgern allzu selbstverständlich eine äußere Christlichkeit der Institutionen zumuten, die wohl einer geschlossenen christlichen Welt angemessen war, aber heute ... mehr und mehr zu einem Anachronismus wird“. Das heißt, es muß die gerade aus der größeren Weltferne erwachsende größere Weltverantwortung der Kirche als eine der zentralen Aussagen des Konzils erkannt und im politischen Wirken der Christen realisiert werden. Das geschärfte Bewußtsein um die Eigengesetzlichkeit der innerweltlichen Sachbereiche und um die spezifische Sendung der Kirche verbietet es, daß sie sich als Gesellschaftsmacht in das demokratische Spiel der Kräfte begibt oder nur auf die Sicherung eigener Rechte bedacht ist. In ihrem politischen Engagement und ihrer Mitverantwortung für die demokratische Ordnung wendet sie sich vielmehr „in einer grundsätzlichen Weise ‚an alle‘, sie tritt als Anwalt des Menschen, nicht nur des Katholiken oder Christen auf“, und dieses Eintreten darf nicht erst beginnen, „wo Privilegien der Kirche verletzt werden, sondern dort, wo elementare Rechte des Menschen auf dem Spiel stehen“.

Wieweit darüber hinaus noch geschlossene politische Aktionen von Katholiken notwendig sind, läßt sich nicht prinzipiell, sondern nur in der jeweiligen Situation entscheiden, und darüber gingen die Meinungen in Bamberg auseinander. Der innerkirchliche Pluralismus, die Vielfalt, ja Gegensätzlichkeit der Auffassungen prägte hier den Bamberger Katholikentag stärker als seine Vorgänger – wohl das deutlichste Zeichen und der beste Beweis für die Problematik einer innerkatholischen Geschlossenheit. Man mag sie für wünschenswert oder gar notwendig halten, erreichen läßt sie sich im heutigen Katholizismus, wie er sich in Bamberg darstellte, nicht. Ob und wann sich daraus wieder die „neue Solidarität“ entwickelt, von der Otto B. Roegge in der Schlußkundgebung sprach, ob es gelingen wird, zu einer „neuen Klarheit über Ziele und Methoden“ und darin zu „gemeinsamen Unternehmungen im Dienste des Ganzen“ zu kommen, diese Frage mußte ohne Antwort bleiben.

Ähnliches gilt auch für die Diskussionen des



dritten Arbeitskreises, die sich schnell auf die Schulfrage konzentrierten, obwohl andere Probleme wie das katholische Bildungsdefizit, der zu geringe Anteil der Katholiken in den naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen oder die Erwachsenenbildung durchaus nicht unerwähnt blieben. Doch ist die Schulfrage zu virulent, als daß sie hätte an den Rand geschoben werden können. Leider litt das Gespräch gelegentlich an der mangelnden Fähigkeit mancher zu differenziertem Denken. Wer von den konkreten Schwierigkeiten sprach, die sich einer kompromißlosen Durchsetzung des Bekenntnisprinzips in den Weg stellen, wurde gleich verdächtigt, die katholische Schule überhaupt oder gar das Elternrecht abzulehnen. Es zeigte sich hier, wie berechtigt Pater Hirschmanns Feststellung ist, daß „nicht genügende Kenntnis der geschichtlichen Wirklichkeit und ihrer Dynamik, ja nicht genügender Wille, diese Geschichtlichkeit ernst zu nehmen“, sehr häufig dazu führt, „allzusehr in einer abstrakten Grundsätzlichkeit die fälligen Entscheidungen anzugehen und so nicht der ganzen Wirklichkeit gerecht zu werden“.

Gerade um solchen Wirklichkeitssinn jedoch ging es Staatssekretär Hermans in seinen beiden Referaten. Sosehr er darauf bestand, am Prinzip der katholischen Schule als der Idealschule festzuhalten, so eindringlich wußte er auch die Realitäten zu schildern, denen die deutschen Katholiken heute gerecht werden müssen. Die im Hamburger Kulturabkommen beschlossene Ersetzung der Volksschule durch eine vierklassige Grundschule und eine fünfklassige Hauptschule (als selbständige, weiterführende Schule) wird in der Zukunft noch häufiger die Situation herbeiführen, daß eine Bekenntnisminderheit keinen Anspruch auf eine eigene staatliche Schule hat, weil sie den Anforderungen eines geordneten Schulbetriebs nicht entsprechen könnte. Da aber nach bisherigem staatlichen Recht die Minderheit darauf verwiesen ist, ihre Kinder der Schule des Mehrheitsbekenntnisses anzuvertrauen, stellt sich den Katholiken die ernste Frage, ob sie im Geist des Konzils handeln, wenn sie starr auf der Beachtung des Bekenntnisprinzips be-

stehen und ihre Rechte auf Kosten der Rechte der Minderheit durchzusetzen suchen. Die Konzils Erklärung über die Religionsfreiheit spricht jedenfalls, wie in der Diskussion ausdrücklich betont wurde, eine andere Sprache. Sie erklärt es als eine vom Sittengesetz auferlegte Pflicht, „bei der Ausübung der Rechte sowohl die Rechte der anderen wie auch die eigenen Pflichten den anderen gegenüber und das Gemeinwohl zu beachten“ (Nr. 7). Welche Lösungen sich für solche Fälle – die sich samt und sonders aus der deutschen Besonderheit der staatlichen Konfessionsschule ergeben – in der jeweiligen Situation anbieten (etwa Minderheitsplanstellen oder christliche Gemeinschaftsschulen), wird von Fall zu Fall verschieden sein. Man hatte aber den Eindruck, daß Hermans der Meinung der überwiegenden Mehrheit seiner Zuhörer Ausdruck gab, als er verlangte, „daß die Rechte der Minderheiten auf Gewissensfreiheit und Chancengleichheit soweit als möglich gesichert werden müssen“ und daß das Elternrecht auf Wahl der Schulart „von der jeweiligen Mehrheit nicht ausschließlich in ihrem eigenen Interesse, sondern in wirklich christlich-brüderlicher Rücksichtnahme auch auf die Interessen der Minderheit ausgeübt wird.“

Die Diskussionsteilnehmer waren sich auch klar darüber, daß die staatliche Konfessionsschule dem Ideal einer katholischen Schule schon deswegen schwer zu entsprechen vermag, weil sie die Lehrer nur nach der amtsstatistischen Konfessionszugehörigkeit auswählen kann. Die Konzils Erklärung über die christliche Erziehung hat deswegen die freie Schule im Blick, wo sie von der katholischen Schule spricht. Ob sich freilich der Vorschlag von Hubert Hermans verwirklichen läßt, an wichtigen Orten freie katholische Schulen als Modellschulen zu errichten, dürfte dem fraglich sein, der ein realistisches Bild von der Einstellung unserer katholischen Eltern zur Bekenntnisschule hat. „Aber daran, ob wir zu solchen Opfern um der Sache willen bereit sind, wird die Glaubwürdigkeit unserer Ansprüche überhaupt gemessen“, sagte Hermans mit Recht.

In den nachmittäglichen Delegiertenversammlungen konnte sich allerdings der Geist dieser



Diskussionen nur schwer bemerkbar machen. Die Anträge waren mehr zufällig als nach einer überlegten Planung zustande gekommen. Sie blieben auch alle im traditionellen Rahmen von Resolutionen, von Forderungen nach Berücksichtigung bestimmter Anliegen in Staat und Gesellschaft. Die zeitliche Überlagerung mit den Akademiegesprächen hinderte die Delegierten daran, die wesentlichen Probleme aufzugreifen, die dort verhandelt wurden. Der Sprecher der Katholischen Arbeiter-Bewegung gab daher einem weithin herrschenden Unbehagen Ausdruck, als er nach dem Katholikentag meinte, man habe manchmal den Eindruck gehabt, „am falschen Platz falsche Probleme zu behandeln“. Hier wird man bis zum nächsten Katholikentag in Essen neue Formen finden müssen.

Im ganzen jedoch ist die Bilanz positiv. Gewiß kann man so hochgesteckte Ziele wie die Umsetzung des Konzils in die deutsche Wirklichkeit nicht durch Referate und Diskussionen allein erreichen. Jedenfalls wurde in diesem freien und brüderlichen Gespräch ein Prozeß des Um- und Nachdenkens in Gang gesetzt, der sich in den kommenden Jahren sicher bemerkbar machen wird. Manche haben bedauert, daß die Teilnehmerzahl doch zu groß war, als daß so intensive Gespräche wie in den früheren Arbeitstagen des Zentralkomitees hätten entstehen können, und es wäre sicher ratsam, diese so fruchtbaren Tagungen wiederaufzunehmen. Trotzdem waren die Bamberger Arbeitsversammlungen sinnvoll, ja notwendig, wenn man der Dynamik des Konzils auch im organisierten Katholizismus Bahn brechen wollte. Zahlreiche Teilnehmer des Katholikentags hatten dort erstmals die Gelegenheit, sich über das Konzil zu informieren und das in Rom Geleistete kennenzulernen. Man darf die Bedeutung einer solchen intensiven Begegnung mit dem Geist und den Beschlüssen des Zweiten Vatikanums nicht unterschätzen.

Das gilt um so mehr, als man in Bamberg sehen konnte, daß die Grundhaltungen des Konzils in einer erstaunlichen Weise bereits lebendig sind. Trotz der Verschiedenheit der Themen und über alle Meinungsunterschiede hinweg war man sich in wesentlichen Punkten

einig. Das Wissen um die Eigengesetzlichkeit der innerweltlichen Sachbereiche und um die Verantwortung des Laien in der Erfüllung des Weltauftrags, die Erkenntnis der Dienstfunktion der Kirche und der Christen, die Abkehr vom reinen Prinzipiendenken und das Bemühen, der konkreten Wirklichkeit gerecht zu werden, das alles zeigt, daß die vom Konzil in Gang gesetzte Entwicklung von einem Katholizismus der vorherrschenden Autorität zu einer Kirche der verantwortlichen Freiheit auch im deutschen Katholizismus bereits wirksam geworden ist. Wolfgang Seibel SJ

## Weltgeschichte im Zeichen der einen Welt

Heute sind die Völker und Kulturen daran, sich bewußt zu der einen Menschheit mit einer Weltkultur zusammenzuschließen; kein Volk kann mehr wie in früheren Zeiten unabhängig von den andern für sich allein leben. Dieser Tatsache entspricht die Ausweitung der geschichtlichen Forschung sowohl über den Raum der ganzen Erde wie auch der Zeit nach bis in das Dunkel der menschlichen Ursprünge; es entsteht Weltgeschichte im eigentlichen Sinn, während früher sich jede Kultur für die Welt ansah, weil man von den Welten der andern zu wenig wußte und von ihnen kaum berührt wurde. Soll aber eine Weltgeschichte nicht bei einem Nebeneinander von Darstellungen der Geschichte einzelner Völker und Kulturen bleiben, so muß eine leitende Idee bei der Auswahl des zu Berichtenden und der Darstellung bestimmend sein; denn man kann nicht die ganze Fülle des bekannten Geschehens anführen. Die Saeculum-Weltgeschichte<sup>1</sup>, deren erster Band jetzt vorliegt, will die Vergangenheit gerade im Hinblick auf die nunmehr bewußt gewordene Einheit der menschlichen Welt darstellen.

<sup>1</sup> Saeculum Weltgeschichte in 7 Bdn. Hrsg. v. H. Franke, H. Hoffmann, H. Jedin, O. Köhler, P. Meinhold, E. Otto, B. Spuler, G. Stadtmüller, G. Tellenbach, H. Trimborn, J. Vogt. Bd. I: Ursprung und Frühkulturen – Primäre Zentren der Hochkultur – Weltgeschichtliche Berührungszonen. Freiburg, Basel (u. a.): Herder 1966. XXIV, 696 S. Lw. 73,-.